N I E D E R S C H R I F T

Niederschrift Nr. 3

Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz

am 28.09.2011

Freiherr-vom-Stein-Saal II/III

Beginn 16:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Dirk Kolar (SPD)
Sascha Kudella (SPD)
Gerd Oldenburg (SPD)
Bärbel Schmidt (SPD)
Brunhilde Weinhold (SPD)
Claudia Gebhard (CDU)
Ute Gössing (CDU)
Paul-Heinz Kranemann (CDU)
Elke Middendorf (CDU)
Hans-Ulrich Bangert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Andrea Hosang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Heike Schaumann (FDP)
Helmut Stalz (FWG)
Werner Sell (DIE LINKE.)

sachkundige Bürger

Burckhard Elsner (SPD)
Sebastian Laaser (SPD)

Manuela Veit (SPD)
Carsten Böckmann (CDU)
Martin Niessner (CDU)
Hans-Jürgen Allendörfer (FDP)

Für die Verwaltung	Gäste und Zuhörer/innen
Herr Hahn, Dez. IV	Herr Stindt und Herr Hartmann, KreisSportBund Unna
Herr Merfels, L FB 53	Frau Kestermann und Frau Roth, Verbraucherzentrale NRW
Frau Bierwolf-Siegrist, Schriftführerin	Herr Pincus, sachkundiger Bürger
	Frau Schmidt, Geschäftsführerin der Kreistagfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
	Herr Wette, Geschäftsführer der FDP-Kreistagfraktion

Herr Kolar begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner

Punkt 2

Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin für den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz

Punkt 3

KreisSportBund Unna e.V. - Tätigkeitsbericht -

Punkt 4

158/11

Abschluss eines Kooperationsvertrages Sport mit dem KreisSportBund Unna e.V.

Punkt 5

Verbraucherzentrale NRW im Kreis Unna - Tätigkeitsbericht -

Punkt 6

159/11

Überörtliche Prüfung des Kreises Unna durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW, Teilbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst

Punkt 7

160/11

Bericht zur Arbeit der Außenstelle des Fachbereiches Gesundheit und Verbraucherschutz in Bergkamen

Punkt 8

161/11

Bericht zur Arbeit der Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen - K.I.S.S.

Punkt 9

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 10

159/11

Überörtliche Prüfung des Kreises Unna durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW, Teilbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst

Punkt 11

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen oder Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 2

Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin für den Ausschuss für Gesundheit und

Verbraucherschutz

Beschluss

Der Landrat schlägt Frau Birgit Scholz als stellvertretende Schriftführerin für den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz vor.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 3

KreisSportBund Unna e.V. - Tätigkeitsbericht -

Erörterung

Herr Stindt, Vorsitzender des KreisSportBundes Unna e.V. (KSB), erläutert kurz die 2010 begonnene Umstrukturierung und die damit erfolgte Anpassung an die Strukturen auf Landesebene. Einbezogen worden sei dabei eine Befragung der Nutzer der Einrichtung. Neuer Geschäftsstellenleiter sei Matthias Hartmann.

Dieser stellt anhand einer Folienpräsentation, die der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt ist, die neue Organisationsstruktur und die Aufgaben des KSB im Einzelnen vor. Er weist darauf hin, dass bereits in der Vergangenheit im Rahmen des Qualitätsmanagements im Rhythmus von drei Jahren eine Überprüfung der Aufgaben und Ziele gemeinsam durch die hauptamtlich wie ehrenamtlich Tätigen erfolgt sei. Die Umsetzung der neuen Strukturen solle im nächsten Jahr starten. In den Umstrukturierungsprozess seien die Ergebnisse der Gespräche mit der Kreisverwaltung über die dortigen Anforderungen an den KSB mit eingeflossen. Wichtige Themen, herunter gebrochen von der Ebene des Landessportbundes, werden sein „Der Kreis Unna bewegt seine Kinder“, „Bewegt gesund im Kreis Unna“ sowie „Bewegt älter werden“.
Sodann gibt er einen Überblick über die Arbeit des vergangenen Jahres. Er berichtet über die Bereiche Bewegungskindergärten, Minisportabzeichen, den Einsatz in der Ganztagsbetreuung sowohl an weiterführenden als auch an Grundschulen, Qualifizierungsmaßnahmen und stellt die Überlegungen für die Ruhrolympiade 2012 in Duisburg vor.
Zertifiziert seien bereits 14 Kinderbetreuungseinrichtungen als sogen. „Bewegungskindergärten“. Bis zum Jahr 2014/2015 solle die Zahl verdreifacht werden. Diese Bestrebung werde durch eine Kooperation mit dem Märkischen Berufskolleg Unna unterstützt. Seit September erfolge eine entsprechende Ausbildung angehender Erzieher/innen mit derzeit 18 Teilnehmer/innen.
Bei den Minisportabzeichen sei der KreisSportBund Unna führend. Im vergangenen Jahr seien 4.687 Minisportabzeichen abgelegt worden. Hier würden Kinder spielerisch an den Sport heran geführt.
In der Ganztagsbetreuung gebe es nicht nur eine Koordinationsfunktion zur Vermittlung von Sportvereinen in die Schulen, sondern der KSB werde selbst als Träger tätig.
Qualifizierungsmaßnahmen bezögen sich im wesentlichen auf Übungsleiterfortbildungen. Dieses Angebot sei seit der Übernahme im Jahr 1994 erheblich ausgebaut worden. Vorbereitende Maßnahme für die Übungsleitertätigkeit sei die Ausbildung für Gruppenhelfer/Schulsporthelfer.

Gemeinsam mit dem Kreis Unna gebe es einige Projekte. So informiere und berate der KSB die Sportvereine zum Thema Bildungs- und Teilhabegesetz. und beteilige sich am Bündnis für Familie u.a. mit Durchführung von Aktionen wie z.B. der Sportelsonntag oder die Familienolympiade.
Weitere Projektpartner seien die Kreispolizeibehörde, die UKBS sowie die neu startende Fachhochschule Unna.

Frau Gössing weist darauf hin, dass lt. dem vorgelegten Programm die Angebote des KSB für den Nordkreis sehr gering seien. Dagegen werde im Märkischen Kreis oder in Hamm wesentlich mehr durchgeführt. Hier müsse der KSB tätig werden.
Herr Hartmann erläutert, dass das Problem des Angebotsmangels darin liege, dass im Nordkreis Hallennutzungsgebühren zu entrichten seien. Hierfür stünden keine Mittel zur Verfügung. Die im Programm aufgeführten Angebote außerhalb des Kreises entstünden daraus, dass es auf Vorgabe des Landessportbundes inzwischen Qualifizierungszentren gebe, die sich aus mehreren Stadt- und Kreissportbünden zusammen setzten und für den gesamten Bereich ein gemeinsames Programm vorlegen würden.
Frau Gössing ergänzt, dass eine kostenlose Nutzung der kreiseigenen Schulen im Nordkreis möglich sein müsse.
Dies werde er an den zuständigen Koordinator weitergeben, so Herr Hartmann. Seines Wissens nach habe es aber bereits in der Vergangenheit Anfragen dazu gegeben. Lt. Herrn Stindt gebe es Bestrebungen zum Ausbau und zur Weiterentwicklung der Qualifizierungszentren. Er werde sich in diesem Rahmen für eine Harmonisierung der Angebote einsetzen.

Weiter führt er aus, dass es im KSB nunmehr eine Integrations- sowie eine Seniorenbeauftragte gebe. Dies solle im Bereich Integration für ein NRW-Pilotprojekt genutzt werden, mit dem die Übungsleiter im Hinblick auf die sozio-kulturellen Hintergründe muslimischer Kinder in Sportvereinen fortgebildet würden.
Zudem rege er für das Jahr 2012 die Durchführung einer Veranstaltung zum Thema „Sexualisierte Gewalt im Sport“ an, die gemeinsam mit dem Landessportbund, dem Westfälischen Fußballbund und dem Kreis Unna durchgeführt werden könnte.
Herr Hahn greift die Anregung auf. Nach Vorliegen einer Projektskizze könne darüber weiter beraten werden.

Punkt 4

158/11

Abschluss eines Kooperationsvertrages Sport mit dem KreisSportBund Unna e.V.

Erörterung

Herr Hartmann habe in seinem Vortrag den Stellenwert des Sportes als Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe von klein auf deutlich gemacht, so Herr Hahn. Der nunmehr vorliegende Entwurf des Kooperationsvertrages sei gemeinsam mit dem KreisSportBund e.V. erarbeitet worden und enthalte wichtige neue Aspekte wie z.B. Integration/Inklusion. Er sei in einen Kontext gestellt worden mit einer überregionalen Vereinbarung des Landkreistages NRW mit dem Landessportbund, die Bestandteil des Vertrages geworden sei. Die Verwendung des vom Kreis Unna gezahlten Zuschusses werde zukünftig im Rahmen einer kaufmännischen Bilanz dargelegt und erhalte damit eine höhere Transparenz. Bezüglich des Inkrafttretens

und der Vertragsdauer erfolge hier das gleiche Verfahren wie bei vergleichbaren Zuschussempfängern.

Der Vertragsentwurf entspreche den Beratungen im Ausschuss und enthalte alle Punkte, die als wichtig erachtet wurden, so Frau Gebhard. Daher stimme die CDU-Fraktion diesem Vorschlag zu.

Die SPD-Fraktion schließe sich lt. Herrn Oldenburg den Ausführungen an. Zu erwähnen sei die finanzielle Sicherheit für den KreisSportBund e.V. durch die Laufzeitverlängerung des Vertrages. Aufgrund der Höhe des Zuschusses werde die im Entwurf enthaltene Berichtspflicht für sehr sinnvoll gehalten.

Frau Hosang weist darauf hin, dass der vorliegende Entwurf hinter dem zurückbleibe, was im vergangenen Jahr im Ausschuss diskutiert worden sei. So fehlten im § 3 Abs. 1 die Qualifizierungsmaßnahmen sowie unter dem Buchstaben d die zu leistende Kooperationstförderung des KSB. Des weiteren vermisse sie Regelungen zur Höhe und ggfs. Abschmelzung des Rücklagevermögens. Zudem sei der Bereich Inklusion nicht genügend berücksichtigt, wenn man den Beschluss des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe sehe, wonach die Sportstättengebühren nur noch erlassen würden, wenn Inklusion als Vereinsziel festgelegt sei.
Sodann stellt sie den Antrag, den zweiten Satz aus § 5 des Vertragsentwurfes zu streichen. Dies entspreche der Beratung im Ausschuss im vergangenen Jahr.

Herr Hahn erläutert dazu, dass das Thema Inklusion über die Vereinbarung zwischen dem Landkreistag und dem Landessportbund, die Bestandteil des Vertragsentwurfes sei, entsprechende Berücksichtigung finde. Bei der Laufzeitverlängerung werde die Verwaltung in jedem Fall tätig und prüfen, ob ggfs. Gründe entgegenstünden. Die Kooperationsförderung sei mit gefasst unter dem § 2 Abs. 1 Buchstabe b. Die Rücklagenhöhe sei nicht aufgenommen worden, da der Kreis Unna den KSB nur mitfinanziere und dieser durch die Festschreibung des Zuschusses bis 2015 bereits einen festen finanziellen Rahmen habe, der zudem niedriger sei als bisher. Vielmehr müsse der KSB weitere Mittel bei anderen Zuschussgebern aquirieren, soweit zusätzliche Maßnahmen durchgeführt werden sollen.

Herr Kranemann führt aus, dass die Verträge mit freien Trägern von diesen durchführbar sein müssten und nicht zu enge Rahmenbedingungen vorsehen dürften. Dies sei hier gegeben und daher so ausreichend.

Lt. Herr Allendörfer sei durch den Vertragsentwurf die Diskussion im Ausschuss aus dem Jahr 2010 fast zur Gänze berücksichtigt. Die Zustimmung werde auch nicht von der diskutierten Streichung des zweiten Satzes über die Vertragsverlängerung abhängig gemacht. Inwieweit sich zukünftige Entwicklungen auf den laufenden Vertrag bzw. auf eine Verlängerung auswirken müssten, bleibe abzuwarten. Insoweit trage die FDP-Fraktion den Beschluss mit.

Sodann lässt der Vorsitzende über den Antrag von Frau Hosang und im Anschluss über den Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage abstimmen.

1. Beschluss

Aus dem Vertragsentwurf wird im § 5 der zweite Satz gestrichen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt (3 Ja-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP-Fraktion, 16 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, FDP, DIE LINKE. und der FWG-Gruppe, 1 Enthaltung der SPD-Fraktion)

2. Beschluss

Der Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag vorzuschlagen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Landrat wird beauftragt, den als Anlage beigefügten Kooperationsvertrag Sport mit dem KreisSportBund Unna e.V. abzuschließen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt (2 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Punkt 5

Verbraucherzentrale NRW im Kreis Unna - Tätigkeitsbericht -

Erörterung

Frau Kestermann und Frau Roth von der Verbraucherzentrale NRW im Kreis Unna stellen anhand einer Folienpräsentation, die der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt ist, die Arbeit der drei Beratungsstellen vor. Dabei gehen sie auf die stattgefundenen Kontakte, die bevorzugten Beratungsthemen, die besonderen Angebote sowie die Finanzierung ein. Zu erwähnen sei bei der Finanzierung der Arbeit, so Frau Kestermann, dass aktuell eine Finanzierungsvereinbarung auf der Landesebene für 5 Jahre bis Ende 2015 abgeschlossen wurde.

Herr Stalz bittet um Auskunft über die Entwicklung der von Privat zu leistenden Entgelte.
Frau Kestermann erläutert, dass die Entwicklung in den letzten Jahren relativ konstant gewesen sei. Allerdings werde das Beratungsangebot an einzelnen Standorten zukünftig ausgeweitet, so dass mit Mehreinnahmen zu rechnen sei. Frau Roth ergänzt, dass dies immer abhängig sei von der finanziellen Situation der Ratsuchenden, die bei der Festlegung der zu zahlenden Beträge berücksichtigt würde.

Lt. Herrn Oldenburg sei der Vortrag eine sehr gute Information über den Umfang der Tätigkeit und die Vielfalt der Angebote. Trotz ständiger Veränderungen seien die Beratungskräfte immer auf dem aktuellsten Stand. Ihn interessiere, wie das gewährleistet werde.
Es gebe regelmäßige Fortbildungen, so Frau Kestermann. Dies sei zwingende Voraussetzung für die Beratungstätigkeit. Teilweise werde aber auch eine sogenannte Lösungswegberatung gegeben, bei der eine Weiterleitung an Spezialisten oder Kooperationspartner erfolge. Zudem gebe es ein Intranet, das laufend über die Hauptgeschäftsstelle und die dortigen Experten aktualisiert würde. Dieses System könne bundesweit von allen 16 Landesverbänden genutzt werden.

Herr Kudella begrüßt den guten Start der Beratungsstelle in Schwerte und verbindet dies mit dem Wunsch nach einer Ausweitung der Öffnungszeiten.

Der Bericht der Verbraucherzentrale NRW im Kreis Unna wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 6

159/11

Überörtliche Prüfung des Kreises Unna durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW, Teilbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst

Erörterung

Herr Hahn weist darauf hin, dass sich die Prüfung der Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA) auf den Bereich des öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGDG) beziehe. Die weiteren Aufgabengebiete des Fachbereiches, wie der Veterinärbereich oder der zahnärztliche Dienst, seien nicht betrachtet worden. Wichtig sei die Feststellung der GPA, dass die finanzielle Lage des Kreises das gesundheitspolitische Engagement bestimme. Hier befinde man sich im Konflikt zwischen den Pflichtaufgaben und den Standards, wobei die Zielgruppenorientierung und die Wirkung der Aufgabenwahrnehmung im Vordergrund stünde. Beachtung finden müsse dabei die Subsidiarität im Verhältnis zu den freien Trägern.
Geprüft worden seien verstärkt die freiwilligen Aufgaben unter Berücksichtigung der strukturellen Besonderheiten des Kreises. Die seit der letzten Prüfung im Jahr 2005 umgesetzten Veränderungen seien in die Betrachtung mit eingeflossen. Es gebe Handlungsempfehlungen für die interkommunale Zusammenarbeit. Diese sei im Wesentlichen abhängig von örtlichen Strukturen und der Art der Zusammenarbeit. Eingang in die Überlegungen müsse der drohende Ärztemangel sowie der demografische Wandel finden. Im Rahmen der Gesamtsteuerung werde seitens der GPA die Transparenz, die ständige Aufgabenkritik und das Qualitätsmanagement als positiv hevor gehoben. Bei den amtsärztlichen Gutachten liege eine hohe Leistungsdichte vor, bei 3,75 Vollzeitäquivalenten würden 858 Gutachten erstellt. Gut aufgestellt sei der Kreis ebenfalls im Kinder- und jugendärztlichen Dienst. Hier werde von der GPA lediglich weiterhin die Zentralisierung der Schuleingangsuntersuchungen an einem Standort empfohlen.
Trotz der Konsolidierungsmaßnahmen habe sich der Fehlbetrag pro Einwohner/in im ÖGDG nicht wesentlich verringert. Dies gehe auf die Ausgabenausweitung bei der Suchthilfe durch Übernahme der gesamten Trägerschaft sowie das Projekt „Familienhebammen“ und die zusätzliche Begutachtung im Bereich der Frühförderung zurück. Grundlage hierfür seien jeweils politische Beschlüsse gewesen. Dies spiegele sich im KIWI-Wert wieder, der ansonsten aufgrund der seit 2005 umgesetzten Veränderungen besser ausgefallen wäre.
In der Gesamtbetrachtung handele es sich um ein sehr positives Prüfergebnis.

Im Anschluss an seinen Vortrag beantwortet er Verständnisfragen der Ausschussmitglieder. In diesem Zusammenhang geht er auf die geplante Entwicklung von Kennzahlen ein, die zukünftig in die Jahresbudgets mit aufgenommen werden und zu einer verbesserten Vergleichbarkeit der Aufgabenerfüllung dienen sollen.

Lt. Herrn Oldenburg werde der Bericht wohlwollend zur Kenntnis genommen. Es sei erfreulich, dass die GPA

dem Gesundheitsbereich ein so positives Ergebnis der Arbeit bescheinige.

Der Vortrag zeige, dass Verbesserungen auf dem Weg seien, so Frau Gebhard. So würden Ressourcen zielgerichtet eingesetzt und gut gesteuert, aber Einsparmöglichkeiten müssten sinnvoll genutzt werden. Sie halte Kennzahlen ebenfalls für wichtig zur weiteren Steuerung der Aufgabenwahrnehmung.

Der „Bericht über die überörtliche Prüfung des Kreises Unna durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW, Teilbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst“ wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 7

160/11

Bericht zur Arbeit der Außenstelle des Fachbereiches Gesundheit und Verbraucherschutz in Bergkamen

Erörterung

Herr Hahn erläutert kurz den wesentlichen Inhalt des Berichtes.

Lt. Herrn Oldenburg werde der Bericht Grundlage für die Haushaltsberatungen werden. Die Tendenz der SPD-Fraktion ginge zu einem Erhalt der Nebenstelle in Bergkamen, soweit die finanziellen Möglichkeiten dies zuließen.

Es ginge hier um die Frage von Standards, die in eine Gesamtbetrachtung einfließen und daher Bestandteil der Haushaltsberatungen sein müsse, so Herr Kranemann. Heute erfolge die Kenntnisnahme des Berichtes.

Frau Hosang teilt mit, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Empfehlungen der Verwaltung folge. Sie sehe derzeit keinen Handlungsbedarf. Sollte erneut Konsolidierungsdruck entstehen, müsse die Betrachtung von Strukturen in einem größeren Rahmen erfolgen. Es mache wenig Sinn, nur eine einzelne Außenstelle zu schließen.

Der Bericht des Landrates zur Arbeit der Außenstelle in Bergkamen wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 8

161/11

Bericht zur Arbeit der Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen - K.I.S.S.

Erörterung

Der Inhalt des Berichtes wird in einer kurzen Zusammenfassung von Herrn Hahn vorgestellt. Im Anschluss beantwortet er Verständnisfragen von Ausschussmitgliedern.

Lt. Herrn Elsner seien die getroffenen Aussagen eindeutig und die SPD-Fraktion stehe den Ergebnissen sehr positiv gegenüber.

Herr Kranemann weist darauf hin, dass alle ihm bekannten Kontaktstellen unabhängig von der Trägerschaft von Krankenkassen finanziert würden. Demnach würden diese Zuschüsse bei einer Verlagerung auf einen anderen Träger nicht entfallen. Weitergehende Informationen seien über die Internetseite www.selbsthilfenetz.de zu finden. Hier werde keine weitere Kreisverwaltung aufgeführt, bei der Anträge auf Zuschüsse gestellt werden könnten. Diese Aspekte seien bei den Haushaltsberatungen zu berücksichtigen.

Die durch die Selbsthilfegruppen geleistete gute ehrenamtliche Arbeit solle aufrechterhalten und auch bei der derzeitigen finanziellen Lage des Kreises durch Beibehaltung der Zuschüsse für die Zukunft gesichert werden, so Herr Allendörfer.

Auch Herr Stalz spricht sich für die weitere Unterstützung der Selbsthilfegruppen durch den Kreis Unna aus.

Lt. Frau Hosang sei die präventive und begleitende Arbeit der Selbsthilfe unerlässlich und spare zudem ansonsten anfallende Aufwendungen ein. Ein völlig anderer Aspekt sei die Frage der Trägerschaft, die überdacht werden könnte, soweit dies gewollt sei.

Er sehe die Fraktion DIE LINKE. durch diesen Bericht in ihrer Haltung in der Sitzung des Kreistages am 29.03.2011 bestätigt, so Herr Sell. Er unterstütze ebenfalls die Beibehaltung des Status Quo.

Herr Kranemann ergänzt seine Ausführungen darum, dass auch er die Arbeit der Selbsthilfegruppen erhalten wolle. Allerdings müsste die Höhe der Kosten bzw. die Frage der Trägerschaft überprüft werden.

Herr Elsner gibt zu bedenken, dass die Ansiedlung bei der K.I.S.S eine wertfreie und neutrale Arbeit gewährleiste. Dies sei seiner Kenntnis aus dem Gesunde-Städte-Netzwerk nach bei einem anderen Träger nicht in jedem Fall gegeben. Darüber hinaus stehe zu befürchten, dass die Leistungen in einem geringeren Umfang erbracht würden.

Der Bericht des Landrates zur Arbeit der Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen - K.I.S.S. wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 9

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Projekt „Plattform lokale Alkoholpolitik“ der Koordinierungsstelle Sucht des Landschaftsverbandes Wesftalen-Lippe (LWL)

Herr Hahn berichtet über die „Plattform lokale Alkoholpolitik“ des LWL. Dieses Projekt, das sich mit

Alkoholauffälligkeiten bei Jugendlichen beschäftige, werde unter Beteiligung von 22 Kommunen bis Ende 2012 laufen und beinhalte einen Austausch über Handlungsstränge, Strategien und Maßnahmen. Ziel sei eine bedarfsgerechte und qualifizierte Frühintervention unter Nutzung vorhandener Ressourcen und Berücksichtigung der vorhandenen Strukturen. Die Kreisgesundheitskonferenz habe zu diesem Themenbereich Handlungsempfehlungen entwickelt. Daher habe er das Interesse des Kreises an einer Teilnahme angemeldet. Der Ausschuss unterstützt das Engagement der Verwaltung.

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 10

159/11

Überörtliche Prüfung des Kreises Unna durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW, Teilbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst

Punkt 11

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Anlagen

- Bericht des KreisSportBundes Unna e.V.
- Bericht der Verbraucherzentrale NRW im Kreis Unna
- Präsentation der Ergebnisse der Prüfung der GPA NRW, Teilbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst
- Auszug Newsletter LWL – Koordinationsstelle Sucht

Ende der Sitzung: 18.25 Uhr

Kolar	Bierwolf-Siegrist
Vorsitzender	Schriftführerin